



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 15. Ratssitzung vom 16. September 2026

658. 2026/220

Weisung vom 06.05.2026:

Postulat der GLP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend Vorlage eines Berichts zum angemessenen Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und der Bevölkerungszahl der Stadt Zürich, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Verhältnis Arbeiten und Wohnen. Metron Raumentwicklung AG, November 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2024/40 der GLP-, SP-, SVP-Fraktionen vom 31. Januar 2024 betreffend Vorlage eines Berichts zum angemessenen Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und der Bevölkerungszahl der Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmungen:

Christine Huber (GLP): Am 31. Januar 2024 haben die GLP, die SP und die SVP das Postulat GR Nr. 2024/40 eingereicht. Der Stadtrat ist beauftragt worden, einen Bericht vorzulegen, der das angemessene Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich untersucht. Der Stadtrat hat das Postulat am 5. Februar 2025 entgegengenommen und im Jahr 2026 den Bericht vorgelegt. Die aktuelle Weisung dient der Kenntnisnahme des Berichts und der Abschreibung des Postulats. Es ist speziell, dass Zürich seit Jahren mehr Beschäftigte pro Einwohnerinnen und Einwohner aufweist. Gemäss städtischer Analyse arbeiten in Zürich 1,26 Beschäftigte pro Einwohner*in, Stand 2026. Der Bericht der Metron Raumentwicklung AG stützt sich auf die von der Stadtentwicklung Zürich beauftragte Studie «Verhältnis Arbeiten und Wohnen» aus dem Jahr 2025. Die Studie hat folgende Punkte genauer angeschaut und analysiert: Beschäftigungszahlen, Wohnbevölkerung und räumliche Verteilung von Arbeitsplätzen. Der Bericht kommt zu den folgenden fünf Schlüssen. Erstens: Es gibt kein ideales Verhältnis. Zweitens: Zürich ist ein überregionales Zentrum. Viele Arbeitsplätze sind für die gesamte Region notwendig. Drittens: Höhere Nutzungsdurchmischung ist ein Qualitätsmerkmal von urbanen Räumen. Viertens: Subzentren wie Oerlikon, Altstetten, Seebach oder Wollishofen gewinnen an Bedeutung. Fünftens: Das Arbeitsplatzwachstum ist räumlich ungleich verteilt, im Zentrum stark, in der Peripherie zunehmend dynamisch. Das Postulat hat eine Darstellung verlangt, wie Zürich eine polyzentrische



Stadt fördern kann: Subzentren sollen gestärkt werden. Subzentren sollen mehr Arbeitsplätze aufnehmen, Wohnraum und Gewerbe besser mischen. Wichtig sind eine gute Mischung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Versorgung. Die Stadt setzt weiter auf Verdichtung entlang der ÖV-Achsen und nachhaltige Mobilität. Zürich kann das Verhältnis von Arbeiten und Wohnen nicht isoliert steuern. Die Metron Studie zeigt, dass Zürich im schweizweiten Vergleich über überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze verfügt und eine hohe Arbeitsplatzdichte im Zentrum aufweist. Die wichtigsten Schlussfolgerungen des Metron Berichts sind: Es gibt kein normatives Idealverhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Bevölkerung und die Stadt kann das Verhältnis beeinflussen durch Raumplanung, Nutzungsplanung, Förderung von Subzentren, Mobilitätsplanung und Arealentwicklungen. Eine direkte Steuerung, zum Beispiel durch eine Begrenzung der Arbeitsplätze, wäre weder praktikabel noch sinnvoll. Die Stadt verfolgt eine polyzentrische Entwicklungsstrategie, die Subzentren stärkt und Nutzungsdurchmischung fördert. Fazit: Das Postulat ist also mit einem vorliegenden Bericht vollständig erfüllt und kann abgeschrieben werden.

Weitere Wortmeldungen:

Mischa Schiow (AL): Das soeben von Christine Huber (GLP) erwähnte Postulat stellt eine durchaus interessante und berechtigte Frage, nämlich diejenige nach dem Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohnenden, oder wo wir eigentlich stehen bei der Umsetzung der «Stadt der kurzen Wege». Der Stadtrat gab aufgrund des Postulats bei der Metron Raumentwicklung AG eine Studie in Auftrag, die nun vorliegt und den Entwicklungen der Kernstädte sowie ihrer Umgebung nachgeht. Die Studie ist aufschlussreich, auch wenn sie sich beim Feststellen von Gegebenheiten auf Demografie und Mobilität beschränkt. So wird zum Beispiel nicht aufgezeigt, was es mit der Verdrängung aus der Stadt wegen Leerkündigungen auf sich hat. Das ist bestimmt ein Treiber der Pendlerbewegungen, der hier aber nicht beleuchtet wird. Dieser Parameter wurde vom Stadtrat auch gar nicht in Auftrag gegeben. Die in der Ära der ehemaligen Stadtpräsidentin Corine Mauch intensiv betriebene Politik der Standortförderung wird im Bericht ebenfalls nicht erwähnt. Firmen auf «Teufel komm raus» in die Stadt zu holen, hat bestimmt zum Verhältnis von 1,26 zu 1 von Beschäftigten zu Einwohnenden geführt und auch zur Gentrifizierung beigetragen, weil in Zürich vor allem hochqualifizierte Stellen im Technologie-, Finanz- oder Versicherungssektor geschaffen wurden – für Menschen, die sich immer höhere Mieten leisten können. Leider zeigt der Bericht auch keine Handlungsoptionen auf. Auch das ist nicht der Fehler der Beauftragten der Metron Raumentwicklung AG. Es wäre die Aufgabe des Stadtrats gewesen, solche zu verlangen, doch dafür hatte er offenbar weder Lust noch Fantasie. So stellte der Stadtrat in der Weisung lakonisch fest, dass das Verhältnis von Arbeitsplätzen zu Einwohnenden kein geeigneter Ansatz sei, um den Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu begegnen. Er berief sich dabei auf die Bundesverfassung mit der Wirtschaftsfreiheit, also der freien Wahl des Berufs sowie dem freien Zugang zu einer privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit, und der Niederlassungsfreiheit mit dem Recht, sich an jedem Ort im Land niederzulassen. Schade auch, dass er das Thema der polyzentrischen Stadt nicht aufgegriffen hat, um



tatsächlich aufzuzeigen, wie sich Zürich in den nächsten Jahrzehnten zu einer eigentlichen Region entwickeln könnte. Es ist immer noch so, dass sehr kleinräumig gedacht wird und die Stadt administrativ an der Grenze zum Limmattal oder zum Glattal aufzuhören scheint. Wieso setzt sich der Stadtrat nicht dafür ein, die Planungsregionen zu erweitern, damit tatsächlich neue Zentren entstehen können, die nicht zwingend nur auf Stadtzürcher Boden liegen, sondern vielleicht in Schlieren oder in Glattbrugg? Die AL-Fraktion stimmt der Kenntnisnahme und selbstverständlich auch der Abschreibung des Postulats zu.

Maya Kägi Götz (SP): Auch die SP hat den Bericht mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen und befürwortet selbstverständlich die polyzentrische Entwicklung und Stärkung der Stadt. Wir anerkennen auch die eingeschränkten Handlungsspielräume aufgrund des übergeordneten Rechts. Ein ideales Verhältnis gibt es vielleicht nicht, aber wir vertrauen sehr darauf, dass die Stadt die Optimierungspotenziale zugunsten der Wohnbevölkerung erkennt und auch voll ausschöpft. Wir halten es auch für begrüssenswert, wenn man über die Stadtränder hinausdenkt, den Raum dort noch erweitert und inskünftig nach Möglichkeit mitberücksichtigt – dies immer in Kooperation mit den umliegenden Gemeinden. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und stimmen der Abschreibung des Postulats zu.

Stefan Urech (SVP): Wir waren zunächst in der Enthaltung. Wir waren lange unentschieden, ob wir den Bericht ablehnend oder einfach zur Kenntnis nehmen sollen. Wir haben uns nun aber doch für eine ablehnende Haltung entschieden. Wieso ist das so? Wir können es nicht nachvollziehen, wie alle möglichen Wachstumsszenarien berechnet werden können, aber gleichzeitig die konkrete Aussage zum Arbeitsplatzwachstum bis 2040 gemäss dem Bericht nicht möglich sein soll. Sie können sagen, wie stark der Schulraum wachsen muss. Sie können sagen, wie stark die Bevölkerung wachsen muss, wie viel man von diesem oder jenem braucht, wie viel sozialer Wohnungsbau nötig ist und so weiter. Das kann alles berechnet werden. Aber konkrete, präzise Aussagen zu einem Arbeitsplatzwachstum bis 2040 sind nicht möglich. Das können wir nicht nachvollziehen. Für uns ist das ein Widerspruch: Entweder sind die anderen Planungsaussagen «aus den Fingern» gesogen, oder die Aussage zum Arbeitsplatzwachstum stimmt nicht. Darum nehmen wir das den Bericht ablehnend zur Kenntnis.

Brigitte Fürer (Grüne): Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass die Frage, ob Zürich eine Arbeitsstadt oder eine Wohnstadt sein soll, einmal eine hochbrisante politische Frage war. Um es zu vereinfachen: Die Rechten wollten eher eine Arbeitsstadt, weil sie die Stadt selbst eher als negativ ansahen, während die Linken eher für eine Wohnstadt plädiert haben. Dass das heutzutage nicht einmal in einer Weisung thematisiert wird, hat mich ein wenig erstaunt. In dieser Weisung wird sehr minutiös dargelegt, was man alles für das Gewerbe macht. Es wird dann suggeriert, dass das Kleingewerbe – also Handwerksbetriebe, KMU – von der Stadt stark unterstützt werde. Aber gleichzeitig haben wir jetzt eine BZO-Revision auf dem Tisch, die immer noch eine Industrie- und Gewerbezone vorsieht, in der Dienstleistungsanteile möglich sind. Und wie wir alle wissen, waren Büros lange wertschöpfungsstärker als Wohnen. Jetzt ist das vielleicht nicht mehr ganz



so, aber sie sind sicher wertschöpfungsstärker als Gewerbebetriebe. Und wenn man es mit der Gewerbeförderung wirklich ernst nehmen würde, gerade mit den kleinen KMU, dann würde man endlich diese Bestimmung aus der Industrie- und Gewerbezone streichen, wonach auch Dienstleistungen bis zu fünfzig Prozent möglich sind. Das wäre der grösste Gewerbeschutz für KMU. Aber das ist in der BZO, wie sie jetzt vorliegt, leider nicht passiert. Ansonsten nehmen wir den Bericht an. Mich hat es einfach gestört, dass die Gewerbeförderung in der Weisung so herausgestrichen wird, obwohl es eigentlich sehr viel effektivere Mittel gäbe, um die KMU zu fördern.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Christine Huber (GLP); Urs Riklin (Grüne), Präsidium; Liv Mahrer (SP), Vize-präsidium; Alex Guggenheim (FDP) i. V. von Roger Suter (FDP), Serap Kahrman (GLP), Sabine Koch (FDP), Isabel Maiorano (AL), Dafi Muharemi (SP), Dominique Späth (SP), Selina Walgis (Grüne)
Enthaltung: Sascha Rüegg (SVP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Christine Huber (GLP); Urs Riklin (Grüne), Präsidium; Liv Mahrer (SP), Vize-präsidium; Alex Guggenheim (FDP) i. V. von Roger Suter (FDP), Serap Kahrman (GLP), Sabine Koch (FDP), Isabel Maiorano (AL), Dafi Muharemi (SP), Dominique Späth (SP), Selina Walgis (Grüne)
Enthaltung: Sascha Rüegg (SVP), Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Maya Kägi Götz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 108 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Verhältnis Arbeiten und Wohnen. Metron Raumentwicklung AG, November 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.



5 / 5

2. Das Postulat, GR Nr. 2024/40 der GLP-, SP-, SVP-Fraktionen vom 31. Januar 2024 betreffend Vorlage eines Berichts zum angemessenen Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und der Bevölkerungszahl der Stadt Zürich wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 23. September 2026

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat